Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger und Zeitung** Postscheck-Konto Dresden 2138. Gem.-Giro-K. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 7.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 7.—, monatlich M 2.40, durch die Post M 8.—. — —

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 100 Pfg., im Bezirke der Amtshauptmannschaft 90 Pf. im Amtsgerichtsbezirk 80 Pf. Amtliche Zeile M 3.—, 2.70 und 2.40. Reklame M 2.30. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitraubender und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigegebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz, des Kommunalverbandes und Finanzamts Kamenz, der Ministerien und der Gemeindeämter des Bezirks.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr). Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 57. | **Donnerstag, den 12. Mai 1921.** | 73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Schrotmühlen.

Mit Ermächtigung des Wirtschaftsministeriums soll den Landwirten, die ihr Lieferungssoll sowohl in Brotgetreide, wie auch in Hafer **voll** erfüllt haben, oder bei denen ein Lieferungssoll überhaupt nicht bestanden hat, oder deren Lieferung ohne ihr Verschulden ganz oder zum Teile unterblieben ist, auf schriftlichen Antrag die in ihrem Besitze befindlichen Schrotmühlen, **die nicht mit Sichtvorrichtung versehen sind,** zum Verschroten von **Mais** und **Hafer** aus eigenen Beständen und nur für den eigenen Wirtschaftsbetrieb bis **zum Schlusse des Wirtschaftsjahres** — 15. August 1921 — freigegeben werden.

Gesuche um Freigabe von Schrotmühlen ohne Sichtvorrichtung sind von den Landwirten unter Angabe der Ortslisten- und der Getreideverkaufskartennummern bis

zum 25. Mai 1921

bei der Amtshauptmannschaft einzureichen. Die Nachprüfung betr. Erfüllung der Ablieferungspflicht erfolgt durch die Amtshauptmannschaft.

Kamenz, den 9. Mai 1921.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Bekanntmachung.

Verfütterung von grünem Roggen und Weizen.

Es wird darauf hingewiesen, daß die Verfütterung von grünem Roggen und Weizen nur mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft zulässig ist.

Schriftliche Gesuche, die eingehend zu begründen sind, werden nur genehmigt werden, **wenn ganz zwingende Gründe wirtschaftlicher Art** die Verfütterung notwendig machen.

Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Amtshauptmannschaft Kamenz, den 11. Mai 1921.

Freitag, den 13. Mai 1921 und Sonnabend, den 14. Mai 1921

ist die Finanzkasse für den öffentlichen Verkehr geschlossen.

Finanzamt Kamenz, am 10. Mai 1921.

Auf Blatt 2 des hiesigen Genossenschaftsregisters, den **Konsumverein für Pulsnitz und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Pulsnitz** betreffend, ist heute eingetragen worden:

Die Satzung ist abgeändert. Abschrift des Beschlusses Blatt 145 der Registerakten.

Amtsgericht Pulsnitz, am 10. Mai 1921.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet **Freitag, den 13. Mai 1921** im Ratskeller, 1 Treppe in nachstehender Reihenfolge statt:

Brotkartennummer	1— 150	8— 9	Uhr	vorm.
„	151— 300	9—10	„	„
„	301— 450	10—11	„	„
„	451— 600	11—12	„	„
„	601— 750	12— 1	„	mittags
„	751— 920	3— 4	„	nachm.
„	921—1090	4— 5	„	„
„	1091—1300	5— 6	„	„

Die Abholungszeiten sind pünktlich einzuhalten. Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, **da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.**

Pulsnitz, den 12. Mai 1921.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Das neue Reichs-Kabinett ist von der alten Koalition (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) gebildet worden. Es stellte sich am Dienstag abend 9 Uhr dem Reichstage vor.

Nach längerer Aussprache nahm der Reichstag am Mittwoch morgen halb 1 Uhr mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung den Antrag an, wonach der Reichstag einverstanden ist, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in der Note vom 5. Mai geforderten Erklärungen abgibt.

Der deutsche Botschafter hat dem Premierminister in London am 11. Mai um 11 Uhr 15 Min. vormittags die deutsche Antwort auf das Ultimatum der Alliierten überreicht.

In der am Mittwoch in Dresden abgehaltenen 17. Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller, die aus allen Teilen Sachsens stark besucht war und an der zahlreiche Vertreter von Behörden und wirtschaftlichen Körperschaften teilnahmen, wurde einstimmig eine Entschließung, „Die Stellungnahme der Sächsischen Industriellen zur politischen Lage", angenommen.

Die Nachrichten, die von einer unmittelbar bevorstehenden Einführung der wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland (Sanktionen) zu melden wissen, entsprechen, wie der „Köln. Ztg." von maßgebender Stelle versichert wird, nicht den Tatsachen.

Die alliierten Regierungen haben mit Rücksicht auf die Lage in Oberschlesien eine strenge Note an die polnische Regierung gerichtet.

„Daily Mail" zufolge erregt der polnische Aufstand in Oberschlesien in amtlichen Londoner Kreisen große Besorgnis. Korfanty erklärte in einer Unterredung mit dem Berichterstatter dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

Die Entente-Botschafter haben sich bei der deutschen Regierung gegen ein deutsches Eingreifen in Oberschlesien ausgesprochen, da sonst Frankreich Gegenmaßregeln im Rheinland ergreifen würde.

Die Lage in Oberschlesien verschlechtert sich für die Deutschen angesichts der Untätigkeit der Interalliierten Kommission täglich. An verschiedenen Stellen ist es zum Einmarsch von ausgerüsteten Soldaten und irregulärem polnischen Train gekommen.

Der Präsident des Völkerbundrates hat die nächste Konferenz des Völkerbundes auf den 5. September nach Genf einberufen.

Reichspräsident Ebert hat an den bisherigen Reichskanzler Fehrenbach ein Dankschreiben für seine treue Pflichterfüllung gerichtet.

Annahme des Ultimatums.
Das neue Reichskabinett.

Berlin, 10. Mai. Die Tribünen des Reichstages waren schon seit 8 Uhr dicht besetzt. In der Diplomatenloge saßen die Vertreter der Alliierten. Kurz vor 9 Uhr abends füllte sich der Sitzungssaal. Die neuen Minister nahmen am Ministertische Platz. Reichskanzler Dr. Wirth gab die Liste der Mitglieder des neuen Kabinetts bekannt. In der bereits mitgeteilten Liste ist nur zu ergänzen, daß Dr. Hermes (Ztr.) das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft innehat. Reichskanzler Dr. Wirth erklärte dann mit einer kurzen Begründung: Die deutsche Regierung nimmt das Ultimatum der Entente an. Die Abstandnahme von den Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebietes bildet die Grundlage der Annahme. Bezüglich Oberschlesiens sagte der Kanzler: Die Entente habe die Verpflichtung, die Rechte aus dem Friedensvertrag zu schützen und sie nicht durch eine polnische Diktatur mit Füßen treten zu lassen.

Berlin, 10. Mai. Das neue Reichskabinett ist nunmehr gebildet und setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler und Außenministerium: Dr. Wirth (Zentr.), Vizekanzler und Schatzamt: Bauer (Soz.), Inneres: wahrscheinlich Dr. Gradnauer (Soz.), Wirtschaftsminister: Robert Schmidt (Soz.), Arbeit: Brauns (Zentr.), Verkehr: Gröner, bleibt als Fachminister, Reichswehr: Dr. Geßler (Demokr.), Post: Giesberts (Zentr.), Justiz: Schiffer (Demokr.), Finanzministerium bleibt vorerst unbesetzt. — Das Kabinett trat sofort zu einer Sitzung zusammen. Infolge dieser Verzögerung findet die auf 7 Uhr anberaumte Plenarsitzung des Reichstages erst um 8 oder 9 Uhr statt.

Berlin, 11. Mai. Der Reichstag nahm heute ½1 Uhr morgens mit 221 gegen 175 Stimmen bei einer Stimmenenthaltung nach Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung den Antrag Müller-Franken (Soz.) und Trimborn (Ztr.) an, wonach der Reichstag einverstanden ist, daß die Reichsregierung die von den alliierten Regierungen in deren Note vom 5. Mai 1921 unter G 1 bis 4 geforderten Erklärungen abgibt. Dafür stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Unabhängigen, die Hälfte der Demokraten und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 11. Mai. Die bedingungslose Zustimmung. Die Reichsregierung hat noch in der Nacht die bedingungslose Zustimmung auf das Ultimatum an die deutschen Botschafter in London, Paris und Rom abgehen lassen. Die Telegramme haben das Haupttelegraphenamt Berlin um 4.25 Uhr früh verlassen. Der deutsche Botschafter Dr. Mayer reist heute nach Paris zurück. Heute früh 9 Uhr gab Reichskanzler Dr. Wirth den hiesigen Ententevertretern Kenntnis von dem Inhalt der an die alliierteen Kabinette gegangenen Note. Sie hat in der an den deutschen Botschafter in London übermittelten Form folgenden Wortlaut: „Auf Grund des Beschlusses des Reichstages bin ich beauftragt, mit Beziehung auf die Entschließung der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der neuen deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären: 1. Ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen. 2. Ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemaßnahmen anzunehmen und zu verwirklichen. 3. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die ihr in der Note der alliierten Mächte vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind. 4. Ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsbeschuldigten durchzuführen, und die übrigen unerfüllten, im ersten Teile der Note der alliierten Regierungen vom 5. Mai erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen. Ich bitte, die alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. (gez.) Wirth." — Dieselbe Note ist nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden. (WTB.)

Nach der Annahme.

Nach schweren inneren Kämpfen in bitterster Gewissensnot ist nunmehr zu Gunsten der Annahme des Ententeultimatums eine der folgenschwersten Entscheidungen der deutschen Geschichte gefallen, aber die bange Spannung ist damit keineswegs unserem unsagbar leidenden Volke abgenommen. Manch Furchtbares haben wir schon über uns ergehen lassen müssen, sodaß wir immer wieder glaubten, den nicht mehr zu übergipfelnden Gipfel des Trostlosen erreicht zu haben. Aber darin besteht doch wohl das Schwerste, daß wir durch rohe Gewalt zu einer gewissermaßen übers Knie gebrochenen Entscheidung gezwungen wurden, ohne im Entferntesten die Lage erkennen oder auch nur überblicken zu können, in die wir für die Zukunft durch diese Entscheidung versetzt werden. Beim besten Willen vermögen wir uns noch kein klares Bild über den vollen Umfang der realen Bedeutung des geschehenen Verzweiflungsschrittes zu machen, und doch müßte man sich zu einem Entschluß durchringen. Daß er ganz gewiß weder leichtfertig noch leichtherzig gefaßt wurde, dafür bieten die vorausgegangenen schwierigen, aufregungsreichen Unterhandlungen einen überzeugenden Beweis.

Jedenfalls stehen wir heute vor der vollendeten Tatsache einer neuen politischen Situation, die so überreichlich viel des Schweren und Verantwortlichen in sich birgt, daß wir die restlose Anspannung aller verfügbaren Kräfte und die volle Einmütigkeit nötiger haben, als je zuvor, wenn anders Deutschland nicht auch noch den letzten Rest von Hoffnung auf dereinstige Gesundung aufgeben und elend unter Trümmern begraben werden soll. Darum müssen im Interesse des Ganzen sowohl der häßliche Hader um das, was hätte geschehen sollen und nun einmal nicht geschehen ist, wie auch die vergiftende Parteiverhetzung nunmehr schweigen. Sie lähmen unsere beste Kraft, können nichts mehr ändern, wohl aber unendlichen, nie wieder gutzumachenden Schaden anrichten. Nicht rückwärts, sondern vorwärts sei jetzt unser Blick gerichtet, nicht der fruchtlose Streit oder Besserwisserei darf uns jetzt vom Wichtigsten ablenken, sondern ernste Bemühung darum, wie wir unser auf's höchste gefährdetes Staatsschiff am sichersten durch die unfehlbar kommenden Stürme und Strudel lenken, sei unsere höchste Aufgabe.

Trotz des furchtbaren Ernstes der Lage haben sich leider doch wieder einige Berliner Parteiblätter zu unverantwortlichen Schmähungen der Gegner hinreißen lassen und sogar versucht, deren Haltung in der Frage der Annahme oder Ablehnung lediglich als einen Ausfluß partei-egoistischer Rücksichten hinzustellen. Ob wir Deutschen denn nie aus unseren Fehlern lernen können. Soviel Unheil schon sie über uns gebracht haben? Es muß die Anerkennung verlangt werden, daß die Stellungnahme sowohl das „Für" wie das „Wider" allein durch das Bestreben diktiert wurde, zum Besten des Vaterlandes zu dienen. Die das Ultimatum ablehnten, haben es getan, weil sie glaubten, nicht versprechen zu dürfen, was niemand zu erfüllen vermag, und weil sie von der Ansicht ausgingen, daß auch unsere Unterschrift uns vor dem Schicksal nicht erretten werde, das uns die Gegner zugedacht haben. Und die das Ultimatum annahmen, die vermeinten, damit in erster Linie den Einmarsch ins Ruhrgebiet verhindern und uns vor allem auch Oberschlesien erhalten zu können. Sollten sich nun nach der Entscheidung ihre Hoffnungen wirklich erfüllen, so wäre das ganze deutsche Volk ihnen zweifellos zum größten und tiefsten Dank verpflichtet. So wie die Dinge heute liegen, ergibt sich auch für diejenigen, die diese schönen Hoffnungen nicht glauben teilen zu können, dennoch die unabweis-

SLUB
Wir führen Wissen.